

Fellbach

& Rems-Murr-Kreis

Datum: 26. Mai 2008
Autor: Thomas Durchdenwald

Schmalzl äußert scharfe Kritik an Fellbach RP fordert mehr Solidarität

Waiblingen. Der Stuttgarter Regierungspräsident (RP) Johannes Schmalzl hat die Stadt Fellbach aufgefordert, den Bau der neuen Neckarbrücke nicht länger abzulehnen. Zugleich verlangte er, beim Flughafenausbau nicht nur den örtlichen Protest zu berücksichtigen.

Schmalzl nutzte seine Rede bei einer Veranstaltung der FDP-nahen Reinhold-Maier-Stiftung im Waiblinger Bürgerzentrum anlässlich des 59-jährigen Bestehens des Grundgesetzes am Freitagabend für einen Abstecher in die Verkehrspolitik. Dabei sprach er sich für mehr Mittel für den Ausbau von Straßen aus. „Weil uns der Bund bei den Zuschüssen im Stich lässt, droht in einigen Jahren der Kollaps“, sagte er. In diesem Zusammenhang kritisierte er die Stadt Fellbach wegen ihrer Ablehnung der Neckarbrücke bei Remseck-Aldingen. „Fellbach hat für Verkehrsprojekte mehr als 100 Millionen Euro Zuschüsse erhalten, die Nachbarstädte können nun Solidarität einfordern, wenn auch sie ihre Verkehrsbelastung reduzieren wollen“, sagte Schmalzl mit Blick auf die B 14 und den Tunnel in Zuge der Fellbacher Ortsdurchfahrt.

Schmalzl sprach auch kurz den geplanten Flughafenausbau an. Ohne sich konkret für oder gegen eine zweite Startbahn auszusprechen, verlangte er, dass bei der Entscheidung „nicht nur der Kirchturm‘ eine Rolle spielen dürfe, also die Proteste der Kommunen in Flughafennähe. Es müsse auch bedacht werden, dass „junge Manager ihre Standortentscheidungen nicht nach der Verbundenheit zu einer Region, sondern nach Zweckmäßigkeiten treffen“. Und eine Region, „die sich heute nicht bewegt und klug investiert, wird morgen verloren haben“, sagte Schmalzl.

Im Mittelpunkt der Veranstaltung zum Verfassungstag standen aber aktuelle Aspekte des Grundgesetzes. Landesjustizminister Ulrich Goll (FDP) warnte davor, wegen vermeintlicher Verbesserungen für die Sicherheit die Freiheitsrechte immer mehr einzuschränken. Und der Waiblinger FDP-Bundestagsabgeordnete Hartfrid Wolff forderte mehr direkte Beteiligung der Bevölkerung auch in der Bundespolitik, etwa durch Volksentscheide.